

Berichte



2009

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

4

Deutsches Institut für Urbanistik

Standpunkt

- 2 Stadtentwicklung in der Krise
- Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen**
- 4 Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum. Neue Ausgabe der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften
- 5 Wohnungsgenossenschaften und Kommunen
- 6 Städte in Südeuropa
- 7 Tiere in der Stadt
- 8 Kooperationen im kommunalen Energiemanagement
- 9 Nutzung erneuerbarer Energien durch Kommunen
- 10 Erfahrungsaustausch zu kommunalen Gewerbeflächenkonzepten
- 11 Die Optimierung von Stoffkreisläufen
- 12 Kommunale Prämienausschreibung

Neue Projekte

- 13 Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz 2010
- 14 Neue Difu-Projekte zu Klimaschutz und Sammlung von Kühlgeräten
- 14 Projektstart: Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklung
- 15 Neue Projekte zum Städtebaurecht
- Difu-aktiv**
- Veranstaltungen und Fortbildung**
- 17 Suburbanisierung und Flächeninanspruchnahme
- 18 Was ist ein sicherer Ort für ein sehr junges Kind?
- 19 Das aktive Jugendamt im familiengerichtlichen Verfahren
- Difu-intern**
- 21 Neues im Difu-Inter- und -Extranet
- 22 Mediennachlese
- 23 Impressum
- 24 Bestellschein



Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann

Mit der Krise der Finanzmärkte und der daraus erwachsenen Weltwirtschaftskrise haben sich die Rahmenbedingungen für die Aufgabenerfüllung der Städte und Gemeinden deutlich verändert. Bedeutet dies in der Folge eine Krise der Städte und deren Entwicklung? Die Berichte und Diskussionen um den jüngsten „Bericht der Wirtschaftsweisen“, den Gemeindefinanzbericht 2009 des Deutschen Städtetages und auch die aktuellste Steuerschätzung machen eine dramatische Betroffenheit der Städte und Gemeinden deutlich.

Gemeinden, Sparkassen und Bankenkrise

Mit dem Platzen der nordamerikanischen „Immobilienblase“ sind nicht nur US-amerikanische Banken ins Trudeln und in die Insolvenz geraten, sondern auch deutsche und internationale Banken. In das augenscheinlich kurzfristig höchst ertragreiche Geschäft, unter anderem mit aus Krediten abgeleiteten handelbaren Zertifikaten, sind nicht nur große deutsche Immobilien- und Geschäftsbanken, sondern auch die Landesbanken „eingestiegen“. In vergleichsweise geringem Umfang betroffen waren Sparkassen und regionale Banken. Aber insbesondere die Sparkassen waren im Zusammenspiel mit den Ländern, letztlich auch dem Bund als Träger der Landesbanken, zu ersten Rettungsschritten der Landesbanken gefordert. Dies hat die Städte und Kreise als Träger der Sparkassen indirekt beeinflusst, indem „ihre Institute“ Beiträge zur Verlustabdeckung der Landesbanken leisten mussten. Und dies schränkt naturgemäß Betriebsergebnisse wie auch die Substanz der Sparkassen ein. Bisher stellen die Sparkassen und Landesbanken zusammen fast 60 Prozent der Kreditmittel für kommunale Investitionen bereit. Ob diese besondere Rolle bestehen bleiben kann, ist vor diesem Hintergrund fraglich. Hinzu kommt bei den Sparkassen die Einschränkung der Spielräume für lokales und regionales Engagement im Bereich öffentlicher Aufgaben, für Sponsoring und vor allem die Zurückhaltung bei der Kreditvergabe an die lokale/regionale Wirtschaft der Klein- und Mittelunternehmen. Dies wurde bisher kaum diskutiert. Es verstärkt vor allem in solchen Städten die Probleme, die bereits unter den negativen Folgen der Wirtschaftskrise leiden.

Gemeinden als Betroffene der Weltwirtschaftskrise

In den Jahren 2006 bis 2008 war ein deutlicher Silberstreif am Horizont der Einnah-

meentwicklung der Städte und Gemeinden zu beobachten, insbesondere resultierend aus den gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen und aufgrund der stabilisierten oder sogar teilweise sinkenden Sozialausgaben wie Hartz IV. Schon 2009 waren die Städte und Gemeinden vor allem durch die sinkenden Gewerbesteuereinnahmen unmittelbar und hart von den Folgen der Weltwirtschaftskrise betroffen. Das Sinken des Welthandels um mehr als 15 Prozent im Jahr 2008/2009, des Bruttoinlandsprodukts um mehr als sechs Prozent im Jahr 2009 ist verbunden mit der Insolvenz von Firmen, mit Verstärkungseffekten für strukturell bedingte und „selbst gemachte“ Schwächen (z.B. Kaufhauskonzerne, Automobil- und Zulieferindustrie), mit Folgewirkungen für den Arbeitsmarkt. Die dramatischen Einbrüche vor allem bei der exportintensiven Industrie sind die direkte Folge der „Globalisierung“ – gerade in Städten, die aufgrund ihrer starken und auch differenzierten gewerblich-industriellen Basis lange „relativ“ verschont geblieben waren (z.B. Stuttgart, München, Augsburg).

„Doppelte Zange“ für die Städte

Neben dem dramatischen Einbruch der Gewerbesteuer geraten die Städte und Gemeinden durch die im Rahmen der Föderalismusreform beschlossene Schuldenbremse und die – nach Ablauf der Phase des Kurzarbeitergeldes – zu erwartenden Steigerungen der Sozialausgaben mit wachsender Arbeitslosigkeit unter Druck. Auf der einen Seite steigen die Anforderungen an die kommunal erbrachten bzw. unterstützten Leistungen im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge (Jugendhilfe, Kindergärten, Schulen, Altenhilfe, Integrationsleistungen). Auf der anderen Seite fehlen den Gemeinden – insbesondere den Haushaltssicherungsgemeinden in Ost und West, deren Zahl erheblich wachsen wird – die Mittel zur kommunalen Anteilfinanzierung in den für die Stadtentwicklung zentralen Aufgabenfeldern. Dies betrifft etwa den Stadtbau, die Stadterneuerung, den städtebaulichen Denkmalschutz oder den Ausbau von Verkehrsnetzen (öffentlicher Personennahverkehr, Straßen usw. nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Der 2006/2007 vom Difu gezeigte Optimismus hinsichtlich der haushaltswirtschaftlichen Chancen zum Abbau des Nachholbedarfs von ca. 70 Mrd. Euro für Erhalt, Erneuerung und Aus-/Neubau kommunaler Infrastrukturen ist vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen kaum mehr gerechtfertigt.

Auch die Potenziale neuer Handlungsansätze wie etwa „Strategisches Investitionsmanagement“ und „Projektbezogene Public-Private-Partnerships“ – soweit sie einer kritischen Betrachtung standhalten – sind zwar prinzipiell weiterhin vorhanden. Die Ausschöpfung der Potenziale, die innovative und erfolgversprechende Umsetzung entsprechender Vorhaben ist aber aufgrund der beschränkten Finanzspielräume der Städte und der Situation auf den Finanzmärkten gefährdet und eher unwahrscheinlich.

Wachsende Disparitäten

Diese Entwicklungstendenzen bedeuten in zwei für das deutsche Gemeinwesen zentralen Bereichen die Gefahr eines dramatischen Anstiegs von Disparitäten:

- wachsende räumliche Disparitäten zwischen den (noch) prosperierenden, den stagnierenden und den vom demografischen und wirtschaftlichen Rückgang geprägten „Schrumpungsregionen“,
- Verschärfung der sozialen Disparitäten zwischen verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen, zum Teil aber auch Altersgruppen.

Das Prinzip der Solidargemeinschaft ist zunehmend ebenso gefährdet wie das Grundprinzip der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in verschiedenen Teilräumen Deutschlands – auch bei eher zurückhaltender Auslegung der Ausgleichsanforderungen.

Was ist zu tun?

Die Konjunkturprogramme – insbesondere das Konjunkturprogramm II – bieten Möglichkeiten für einige Infrastrukturbereiche, um den Nachholbedarf der Infrastrukturerneuerung bzw. des Infrastrukturausbaus abzudecken (Bildung/Schulen, Kinder- und Altersbetreuung, Sport, Verwaltungsgebäude usw.). Allerdings decken die 10,3 Mrd. Euro, die den Kommunen zugutekommen, nur einen kleinen Teil des Nachholbedarfs von insgesamt 70 Mrd. Euro ab. Auch war der verfassungsrechtlich begründete Ausschluss (Artikel 104 b Grundgesetz) von Anlagen des Verkehrs (Straßen, Stadtbahnen, Straßenbahnen, U-Bahnen) und der sonstigen technischen Infrastrukturen (Entwässerung, Wasserversorgung usw.) für Städte und Gemeinden weder problem- noch bedarfsgerecht.

Vor dem Hintergrund der – möglicherweise wieder dramatisch – aufgehenden Schere von kommunalen Aufgaben in den Bereichen Stadtentwicklung, Daseinsvorsorge, Sicherung von (Innen-)Stadtqualitäten, Verkehr, Ver- und Entsorgung auf der einen Seite und den finanziellen Engpässen auf

der anderen Seite, bedarf es eines gesamtpolitischen Vorgehens über alle föderalen Ebenen, unter Einbindung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ein Pakt für die Städte ist gefordert. Dazu ist ein gemeinsames Problemverständnis von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und Kreisen gefragt.

Menschen leben und arbeiten in den Städten, versorgen sich, kommunizieren, werden ausgebildet in den Städten und ihrem Umland. Die Wirtschaft nutzt die Ausstattung und Führungsvorteile der Metropolen, der Städte und ihres jeweiligen Umlandes. In Städten erwächst ein wesentlicher Teil gesellschaftlicher, sozialer, ökonomischer, technologischer und organisatorischer Wertschöpfung, Innovationen und gesellschaftlichen Engagements, sie sind Kerne der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Städte und Regionen bieten Heimat. Sie ermöglichen Identifikation. In Städten werden wesentliche Teile der gesamtgesellschaftlichen Zukunftsaufgaben gelöst: demografischer Wandel, Migration und soziale, altersstrukturelle und ethnische Integration, Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung, Bildung, Forschung, Entwicklung, Kultur.

Die notwendigen sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und technischen Infrastrukturen sind in Städten vorhanden, bedürfen allerdings zum Teil eines bedarfsgerechten Ausbaus und einer Weiterführung der Erneuerung. Die städtischen Qualitäten sind vorhanden, benötigen aber Sorgfalt bei Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung.

Ein „kommunaler Gipfel“ bei der Kanzlerin könnte ein Anstoß sein, um Leitrichtungen zu klären, Handlungskonzepte zu entwickeln sowie Vorgehensweisen und Partnerschaften zu verabreden. Es ist Zeit für einen „kommunalen Aufbruch“, vor allem auch für ein klares Signal der Bundesregierung. Die in den Städten eingesetzten Mittel werden sich mittel- und langfristig refinanzieren. Durch wieder attraktivere Lebens- und Wirtschaftsstandorte, durch den effizienten Umgang mit den knappen Ressourcen Energie und Fläche könnten die Steuereinnahmen steigen und die Ausgaben sinken.

Zur Lösung dieser zukunftsbezogenen Aufgaben gibt es aber auch erheblichen Forschungsbedarf. Dies gilt beispielsweise für die Sicherung des Konnexitätsprinzips, für die Co-Finanzierung der Haushaltssicherungskommunen, für eine frühzeitige Gesetzesfolgenabschätzung oder für die kommunale Infrastrukturfinanzierung.

Tipps zum Weiterlesen

- Michael Reidenbach, Tilman Bracher, Busso Grabow, Stefan Schneider und Antje Seidel-Schulze. Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien. Edition Difu. Bd. 4. 2008.
- Busso Grabow und Stefan Schneider. KfW-Kommunalfbefragung 2009 (hrsg. von der KfW-Bankengruppe in der Reihe KfW-Research), voraussichtlicher Erscheinungstermin: Ende Januar 2010.

Univ.-Prof.
Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: kj.beckmann@difu.de

Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum

Neues Schwerpunktheft der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften

Im Fokus des DfK-Schwerpunkts stehen die Folgen des Lebens in segregierten Stadtteilen, dies vor allem im Hinblick auf Gesundheit, Gewaltverhalten und die Abwertung von Angehörigen schwacher Gruppen. Inwiefern stehen Prekarität und Armut, die Bewohner in wirtschaftlich „abgehängten“ Stadtteilen oder Regionen erleben, in einem Zusammenhang mit einerseits eher interiorisierenden Formen der Belastungsregulation, also etwa mit Rückzugsverhalten und/oder Beeinträchtigungen des psychosozialen und gesundheitlichen Wohlbefindens, und andererseits mit einem eher exteriorisierenden Problemverhalten, z.B. mit der Abwertung von Fremdgruppen, Gewaltbereitschaft, Diskriminierung und Gewalthandlungen? Welche Interventionspolitiken müssen entwickelt werden, wenn bisher greifende Mechanismen der Konfliktregulierung nicht mehr wirken?

In segregierten Stadtvierteln werden bei bis zu 80 Prozent der Kinder in Schuleingangsuntersuchungen gesundheitliche Beeinträchtigungen festgestellt, während dieser Anteil in besser situierten Stadtvierteln teils bei unter 15 Prozent liegt. Vor diesem Hintergrund diskutieren Uwe Bittlingmayer und andere in ihrem Beitrag, inwiefern sich der Gesundheitszustand von Bewohnern eines Stadtviertels und die Hintergründe gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch die Kombination zweier unterschiedlicher Forschungsansätze – des Setting-Ansatzes und der Sozialepidemiologie – besser erfassen lassen und inwiefern sich beide Ansätze gegenseitig befruchten.

Gewalt von und unter Jugendlichen ist ein verstärkt in der Öffentlichkeit thematisiertes und in der Forschung untersuchtes Phänomen. Dirk Baier und Susann Rabold weisen auf Basis ihrer Untersuchungen in Hannover nach, dass nicht nur die Bereitschaft zur Gewalt, sondern auch tatsächliches Gewalthandeln bei Jugendlichen aus „schlechten“, desorganisierten Stadtteilen gegenüber Jugendlichen aus „guten“ Stadtteilen stark erhöht ist. Die Autoren können dabei zeigen, dass das höhere Gewaltpotenzial dieser Jugendlichen größtenteils den schlechteren Lebensbedingungen vor Ort geschuldet ist.

Wenn die Prognose stimmt – und daran bestehen kaum Zweifel –, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stark ansteigen wird und die bundesdeutsche Gesellschaft zunehmend zu einer Multinoritätengesellschaft wird, ist davon auszugehen, dass sich das Konfliktpotenzial zwischen den ethnischen Bevölkerungsgruppen sowie zwischen einheimischen und zugewanderten Personengruppen verschärft. Dies dürfte in segregierten Stadtvierteln verstärkt der Fall sein, weil Zuwanderer von den dort stark überproportional beruflich gering qualifizierten Personen auf dem Arbeitsmarkt eher als Konkurrenten wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund untersuchen Jürgen Mansel, Sandra Legge und Wilhelm Heitmeyer unter anderem das Konfliktpotenzial zwischen Deutschen und Zuwanderern anhand der Verbreitung von Vorurteilen und Ressentiments gegenüber Angehörigen schwacher Gruppen und setzen diese Befunde in einen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Prosperität von Kommunen und Regionen. Es lässt sich zeigen, dass das Desintegrationsniveau in wirtschaftlich „abwärtsdriftenden“ gegenüber prosperierenden Gebieten stark erhöht ist. Mithilfe von Mehrebenen-Analysen wird geprüft, ob die stärkere Abwertung allein auf der höheren individuellen Desintegration basiert oder ob darüber hinaus ein Effekt der Wirtschaftsstärke einer Region nachzuweisen ist.

Es wird insgesamt deutlich, dass es sich bei Entstehung und Entwicklung solcher Viertel um ein Problem handelt, das von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist und von Städten und Gemeinden allein nicht bewältigt werden kann. Gefragt ist ein vernetztes Agieren politischer Akteure auf unterschiedlichen Ebenen, durch welches die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns verbessert werden. Nötig sind eine Bildungs- und Beschäftigungsoffensive sowie insbesondere infrastrukturelle Verbesserungen. Es bedarf vor allem solcher Projekte, die von Bewohnern mitinitiiert und mitgetragen werden und ihnen auch einen unmittelbaren Nutzeffekt bescheren. Vor diesem Hintergrund setzt sich MdB Wolfgang Spanier in seinem Beitrag mit den Bedingungen auseinander, die über Erfolg oder Misserfolg derartiger Projekte mitentscheiden.



Weitere Informationen:

Jürgen Mansel und
Wilhelm Heitmeyer
Universität Bielefeld
Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung
Telefon: 0521/106-3166
E-Mail: juergen.mansel@uni-
bielefeld.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Wohnungsgenossenschaften und Kommunen

Verborgene Potenziale der Zusammenarbeit besser nutzen

Wohnungsgenossenschaften sind in vielen Städten wichtige Akteure auf dem Wohnungsmarkt. Anders als bei anderen Rechtsformen ist das oberste unternehmerische Ziel die Mitgliederförderung durch eine adäquate Wohnraumversorgung und nicht die Gewinnmaximierung. Deswegen – aber auch aufgrund ihrer Organisationsstruktur und des engen Ortsbezugs ihrer Geschäftstätigkeit – ergeben sich bei weitgehender Interessenüberlagerung zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wohnungsgenossenschaften.

Auf die besonderen Leistungspotenziale von Wohnungsgenossenschaften, die im Rahmen der kommunalen Wohnungspolitik, der Stadtentwicklung und des Stadtumbaus eingebracht werden, wies auch die Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften in ihrem Ergebnisbericht hin, die vom Bundesministerium für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung im Jahre 2002 einberufen wurde. Die Umsetzung genossenschaftlicher Prinzipien bewirkt demnach

- die Schaffung spekulationsfreien Wohnraums,
- die Befriedigung gruppenspezifischer Wohnwünsche,
- soziale Verantwortung und Engagement,
- Mitbestimmung und gesellschaftliche Integration sowie
- langfristiges Engagement.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Potenziale und Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Genossenschaften und Kommunen untersucht. Das Projekt „Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens – Evaluation der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften“ diente darüber hinaus dem Ziel, einen Gesamteindruck über Breitenwirkung und Nachhaltigkeit der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften zu erhalten.

Die Ergebnisse der Untersuchung stützen sich unter anderem auf eine schriftliche Befragung von 591 Wohnungsgenossenschaften, die einen Bestand von über einer

Million Wohnungen repräsentieren. Darin wurde neben der Rolle der Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung und im Stadtumbau auch die marktgerechte Weiterentwicklung, die öffentliche Wahrnehmung von Wohnungsgenossenschaften sowie der Umgang der Genossenschaften mit dem demographischen Wandel thematisiert. Deutlich wurde unter anderem, dass gerade bei der Anpassung an die Anforderungen einer alternden Gesellschaft Wohnungsgenossenschaften aufgrund ihrer Mitgliederstruktur sowie ihrer spezifischen Leistungspotenziale eine Vorreiterrolle einnehmen.

Im Rahmen einer weiteren schriftlichen Befragung wurden deutsche Kommunen über 50 000 Einwohnern zu genossenschaftlichen Potenzialen für die Stadtentwicklung und ihren Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Wohnungsgenossenschaften befragt.

Aus den Ergebnissen beider Untersuchungen ging ein wachsendes Interesse an einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Kommunen und engagierten Genossenschaften hervor, das sich unter anderem auf zielgruppenspezifische Wohnungsangebote sowie auf die Ausrichtung der genossenschaftlichen Bestandspolitik auf innerstädtische Lagen richtet. Gleichzeitig wurde eine Divergenz zwischen den Erwartungen der Kommunen an die soziale Kompetenz der Genossenschaften und deren gewandeltem Selbstbild und Zielgruppenspektrum erkennbar. Diese Diskrepanz zwischen Außenbild und strategischer (Neu-)Ausrichtung kann ein wichtiges potenzielles Feld für Konflikte und Enttäuschungen darstellen.

Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens sollen nach Projektabschluss im Rahmen einer BBSR-Onlinepublikation öffentlich zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus wird sich das Difu auch nach Projektabschluss weiter mit der Rolle von Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung befassen. Für April 2010 ist eine Fachveranstaltung zur Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wohnungsgenossenschaften vorgesehen.



Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: jekel@difu.de

Städte in Südeuropa



Der Schwerpunkt von Heft 1/09 ist dem Thema „Städte in Südeuropa“ gewidmet. Die Herausgeber Martin Baumeister, Ludwig-Maximilians-Universität München, und Rainer Liedtke, Technische Universität Darmstadt, diskutierten in ihrem einleitenden Beitrag unter anderem die konzeptionelle Ausblendung südeuropäischer Städte aus dem viel diskutierten Typus und Leitbild der „europäischen Stadt“. Dringend nötig sei es dagegen, jenseits hartnäckiger Klischees – etwa des agrarischen, „zurück gebliebenen“ Südens – die besonderen Entwicklungscharakteristika der südeuropäischen Metropolen und der dortigen Urbanisierungsprozesse zu analysieren und in dieses Leitbild einzubringen. Es gehe also im Kern darum, stark normativ geladene Konzepte zugunsten stärker analytisch ausgerichteter aufzugeben. Daraus ließen sich spannende neue Perspektiven entwickeln, die z.B. an das Verständnis Braudels vom Mittelmeerraum als einer zusammenhängenden, spezifischen urbanen Kultur anknüpfen könnten.

In seinem Beitrag über die „Logiken der Stadtproduktion“ in Istanbul seit dem 19. Jahrhundert akzentuiert Orhan Esen die besonderen Siedlungsformen in dieser seit 1945 explodierenden Metropole, von den informellen Siedlungen der ärmlichen „Gecekondus“ bis zu den Vorortvillen der

Wohlhabenden. Rainer Liedtke skizziert das Stadtwachstum Athens im 20. Jahrhundert und hebt den „Klientelismus“ als spezifische Form der Netzbildung in einer von großer Migration geprägten Stadt hervor. Den seit 1945 für Rom aufgelegten Stadtentwicklungsplänen gilt die besondere Aufmerksamkeit im Aufsatz von Bruno Bonomo. Martin Baumeister analysiert in seiner Skizze der Entwicklung Madrids unter Franco besonders die „informelle Stadt“ der rasch wachsenden ärmlichen Vororte, die zu den wichtigsten Merkmalen der südeuropäischen Metropolen zählen. Die von Brigitte Le Normand analysierte Planungsgeschichte Belgrads nach 1945 und die Leitrezension von Britta Voss zur Monographie von Mark Mazower über Saloniki beschließen den Themenschwerpunkt. Voss setzt sich in Anlehnung an das rezensierte Buch vor allem mit der zentralen Frage auseinander, warum sich in der heute griechischen Stadt trotz einer anhaltenden engen Verbundenheit mit den Werten und Traditionen der muslimischen Vergangenheit kaum mehr Bauwerke aus dieser Epoche finden.

Im Forum-Artikel diskutiert Ralf Roth den Zusammenhang von Verkehr, Kommunikation und der Bildung einer neu strukturierten europäischen Städtelandschaft seit dem 19. Jahrhundert. Er plädiert nachdrücklich dafür, die bislang stiefmütterlich behandelte Geschichte der 1989 wieder zunehmend verknüpften kontinentalen Verbindungslinien inklusive ihrer städtischen Knotenpunkte stärker in den Blick der Forschung zu nehmen. Die europäische Dimension der Verkehrsnetzwerke sei den Zeitgenossen, so Roth, jenseits ihrer nationalen Orientierungen immer klar gewesen.

Wie immer wird in der Rubrik „Allgemeine Berichte“ ein Überblick über die jüngsten Tagungen zur Stadtgeschichte geboten. Unter anderem wird über Konferenzen zu osteuropäischen Metropolen (Wissenschaftszentrum Berlin), zum Thema Stadt und Öffentlichkeit (Münster) sowie über weitere wichtige Tagungen im In- und Ausland zu den Themen „City as a stage of reform“ (London), Mittelstädte (Göttingen) und zur Zukunft der Stadtmuseen (Berlin) informiert. Abschließend bieten die „Mitteilungen“ eine Übersicht über die für die nähere Zukunft angekündigten stadthistorischen Konferenzen.

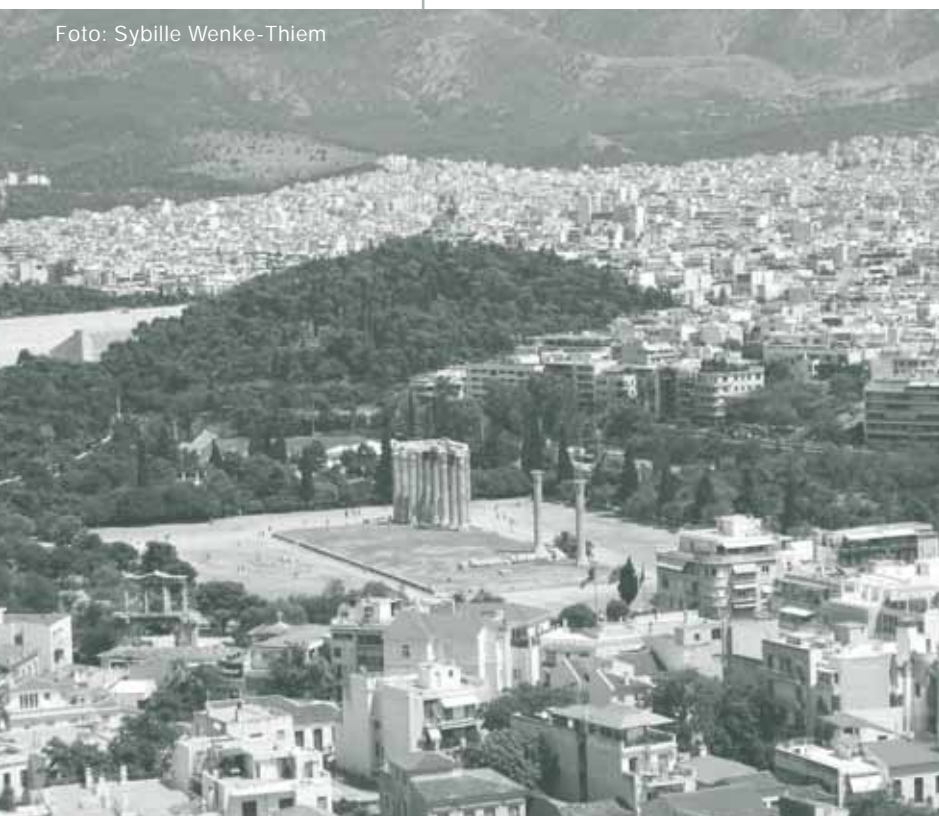
Weitere Informationen:

Dr. Christoph Bernhardt
Telefon: 03362/793280
E-Mail: Christoph. Bernhardt
@alumni.TU-Berlin.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Foto: Sybille Wenke-Thiem



Tiere in der Stadt

„Tiere in der Stadt“ ist der Themenschwerpunkt des Hefts 2/09 der Informationen zur modernen Stadtgeschichte, der dieses Mal von Clemens Wischermann (Univ. Konstanz) verantwortet wird. In seinem Leitartikel gibt er einen Überblick über das Forschungsfeld der urbanen Mensch-Tier-Beziehungen, zu dessen Themen etwa Fragen der Ethik oder der städtischen Artenvielfalt zählen. Neuere Forschungen relativierten hier die bisher vorherrschende „Nachrangigkeit tierischer Existenz“ auch in der Stadtforschung. Im folgenden Beitrag widmet sich zunächst Mark Sven Hengerer der Geschichte der Katzen in der Frühen Neuzeit, die als Nutztier geschätzt wurden, aber nicht selten auch die gefürchteten Stadtbrände auslösten. Aline Steinbrecher erschließt in ihrem Beitrag die Präsenz von Hunden im Stadtbild um die gleiche Zeit aus kunsthistorischen Quellen und rekonstruiert sodann die „Hundegesetzgebung“, die auch einen Schwerpunkt im Beitrag von Inge Auerbach über Hunde in Universitätsstädten bildet. Dabei spürt sie unter anderem auch der besonderen Rechtsstellung von Studenten in Universitätsstädten nach, die sich auch auf ihre mit Repräsentationsansprüchen verbundene Kultur der Hundehaltung auswirkte. Stefan Zahlmann analysiert die Papageienhaltung als prominentes Beispiel einer besondern städtischen Repräsentationskultur, die langfristig zu einer „Anthropologisierung“ dieser nur vordergründig „nutzlosen“ Tiere führte. Der Herausbildung der britischen Tierschutzbewegung, die sich Anfang des 19. Jahrhunderts an den jämmerlichen Existenzbedingungen vieler Tiere in den Straßen Londons entzündete, widmet sich Mieke Roscher. Pascal Eitler rekonstruiert die Tierversuche und Debatten um „Vivisektionen“ in den Großstädten des späten 19. Jahrhunderts, ehe wiederum Mieke Roscher in ihrem Forschungsbericht den internationalen Stand der Forschung im Feld der „Human-Animal-Studies“ umreißt. Der letztgenannte Artikel bietet unter anderem einen Überblick über die wichtigsten Institutionen dieser neuen Forschungsrichtung, wie vor allem ihre Zentren, Zeitschriften und Webportale, und spricht auch hier noch nicht genannte Forschungsfelder, wie z.B. die „Zoo- und Tierparkforschung“, die Rolle von Tieren für die „Imperien-Bildung“ – wie etwa des britischen Weltreiches – an.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Die Rubrik „Allgemeine Berichte“ bietet Tagungsberichte, unter anderem über Konferenzen zum „Wiederaufbau der Städte“ nach 1945 in Hamburg, zur Nachwuchstagung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung in München. Weitere Berichte gelten den Ergebnissen von Tagungen zur städtischen Planungsgeschichte in Liverpool und zur Stadtgeschichte in Ost und West nach dem Zweiten Weltkrieg in Prag. Abschließend beschreibt Peter Dohms in einem Projektbericht die besonderen Herausforderungen beim arbeitsteiligen Schreiben einer Stadtteilgeschichte. Am Beispiel von Ossum-Bösinghoven, einem Stadtteil von Meerbusch im Kreis Neuss, wird die Erstellung einer Publikation durch ein Netz von professionellen und Amateurchistorikern detailliert beschrieben und damit Einblick in eine breite Strömung innerhalb der Stadtgeschichtsschreibung gegeben, die sonst in den IMS-Heften relativ selten zur Sprache kommt. Mitteilungen über kommende stadtgeschichtliche Konferenzen runden wie immer das Heft ab.



Weitere Informationen:
Dr. Christoph Bernhardt
Telefon: 03362/793280
E-Mail: Christoph. Bernhardt
@alumni.TU-Berlin.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Kooperationen im kommunalen Energiemanagement

Dokumentation des 14. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340 308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Gemeinsam sind wir stark und erreichen mehr! Dies ist das grundlegende Motto aller Kooperationen. Der Erfolg von vielen bereits durchgeführten Kooperationsvorhaben beweist, dass sich eine Zusammenarbeit lohnen kann. Dies gilt auch für das kommunale Energiemanagement. Dabei ist sowohl die interne Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung – also mit anderen Fachressorts – als auch die Kooperation mit kommunalen Unternehmen, der Privatwirtschaft, anderen lokalen Akteuren, wie beispielsweise dem lokalen Handwerk, und die interkommunale Zusammenarbeit von Bedeutung. Ein Schwerpunkt des 14. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, der am 27. und 28. April 2009 in Münster mit rund 250 Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik stattfand, bestand daher darin, die unterschiedlichen Handlungsansätze, Maßnahmen und Projekte des kommunalen Energiemanagements und die damit verbundenen Notwendigkeiten und Potenziale zur Kooperation mit anderen Akteuren zu verdeutlichen.

Die Möglichkeiten für Kooperationen im kommunalen Energiemanagement sind sehr vielfältig. Eines der inzwischen bekanntesten Beispiele für gelungene Kooperationen sind die „Fifty-Fifty“-Energiesparprojekte mit Schulen oder Kindertagesstätten, die gleichzeitig ökologische, ökonomische und pädagogische Ziele verfolgen. Mit beratender Unterstützung durch die kommunalen Energiebeauftragten werden in den öffentlichen Schulen und Kindertagesstätten Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauch gesenkt

und damit direkt am Verhalten der Nutzer angesetzt. Sparsamer Verbrauch und umweltbewusstes Verhalten wird belohnt, indem die Hälfte der erzielten Einspargewinne den Schulen oder Kindertagesstätten als Prämie zur Verfügung gestellt wird.

Der Schwerpunkt des Fachkongresses „Kooperationen im kommunalen Energiemanagement“ wurde auch in den unterschiedlichen Workshops zu weiteren bedeutenden Themen des kommunalen Energiemanagements aufgegriffen, in denen neue Verfahren, Ansätze und Beispiele aus der Praxis der Energiebeauftragten vorgestellt und diskutiert wurden. Der Kongress diente damit zugleich als Fortbildungsveranstaltung und als Plattform für Erfahrungsaustausch und Diskussion nach dem Motto „aus der Praxis für die Praxis“.

Im Rahmen des 14. Kongresses fanden insgesamt 19 Workshops zu folgenden Themenschwerpunkten statt:

- Kooperationen im Energiemanagement,
- Energieeffizienz,
- Erneuerbare Energien,
- Energie im Gebäudemanagement,
- Energiemanagement in kleinen und mittleren Kommunen,
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Beiträge der Referenten – sowohl von den Veranstaltungen im Plenum als auch in den Workshops – wurden vom Deutschen Institut für Urbanistik unter dem Titel „Kooperationen im kommunalen Energiemanagement“ in der Reihe „Difu-Impulse“ dokumentiert. Mit dieser Publikation, die im Januar 2010 erscheint, wird den Teilnehmern die Möglichkeit geboten, die Ergebnisse des Kongresses nachzulesen, und all jenen, die nicht teilnehmen konnten, werden damit die vielfältigen Ansätze für Kooperationen im kommunalen Energiemanagement näher gebracht.

Der 15. Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten wird am 12. und 13. April 2010 in Regensburg mit dem Schwerpunkt „Kommunales Energiemanagement im Gebäudebestand“ stattfinden.

Windpark Larrelter Polder (2003)



Foto: IFE Emden GmbH

Nutzung erneuerbarer Energien durch Kommunen

Praxisorientierte Arbeitshilfe unterstützt Kommunen bei der Nutzung erneuerbarer Energien

Die Entwicklungen und der Einsatz von erneuerbaren Energien unterliegen zurzeit einer großen Dynamik. Eine Ursache dafür besteht zum einen im Klimawandel, der spätestens seit dem Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Jahr 2007 erneut die Aufmerksamkeit auf die herausragende Bedeutung des Klimaschutzes gelenkt hat. Wichtige Beweggründe sind zum anderen die weiterhin steigenden Preise für Strom, Gas und Öl sowie die damit verbundene Notwendigkeit der Energieeinsparung und der möglichst effizienten Nutzung der Energieressourcen sowie die Substitution fossiler Energieträger. In vielen Städten konnte bereits in den vergangenen Jahren durch kommunales Energiemanagement nachweislich der Einsatz von Wärme, Strom und Gas kontinuierlich reduziert und damit die kommunalen Haushalte entlastet werden. Zugleich wurden dadurch Ressourcen geschont und die Luftbelastung sowie der Ausstoß von Treibhausgasen vermindert, so dass ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden konnte. Dies allein reicht jedoch zur notwendigen Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht aus. Daher werden in den Kommunen immer mehr auch erneuerbare Energien eingesetzt.

Die Kommunen übernehmen dabei nicht nur die Rolle als Moderatorin für private Klimaschutz-Investitionen, sie verfügen selbst über ein großes Potenzial für den Einsatz erneuerbarer Energieträger. Zu denken ist hier beispielsweise an die Nutzung einer Vielzahl von Gebäudedächern kommunaler Liegenschaften für die Solarenergie oder auch an Möglichkeiten, die sich aus der Verwertung von Biomasse ergeben.

Grundsätzlich besteht Einigkeit darin, dass der Einsatz erneuerbarer Energien verstärkt werden muss. Die Vorteile wurden von den Kommunen längst erkannt: Versorgungssicherheit, hoher Imagegewinn und Beschäftigungseffekte vor allem für das lokale Handwerk. Da die Nutzung erneuerbarer Energien meist durch dezentrale Anlagen erfolgt, bietet sich hier zudem die Chance einer Erneuerung bzw. Stärkung der kommunalen Rolle in der Energieversorgung, und zugleich eröffnet sich ein großes Potenzial an Kooperationen, das es noch auszuschöpfen gilt.

Hierbei sind die Stadtwerke ebenso gefordert wie die Kommunalverwaltungen gemeinsame – auch regionale – Strategien zu entwickeln.

Ziel des Projekts „Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen“, das vom Umweltbundesamt gefördert wurde, war es, die Möglichkeiten der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu untersuchen und darzustellen. Im Vordergrund standen weniger Fragen der Plausibilität, als vielmehr konkrete Fragen der Realisierung. Daher wurden erfolgreich realisierte Praxisprojekte recherchiert, ausgewertet und dokumentiert, die andere Kommunen zur Nachahmung anregen können. Zu untersuchen war ebenso, welche Hemmnisse den kommunalen Handlungsspielraum einschränken und damit einer Ausweitung der Nutzung von erneuerbaren Energieträgern entgegenstehen könnten. Dabei wurden zugleich Potenziale identifiziert, wie beispielsweise in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern eine gemeinsame Realisierung von Projekten erzielt werden kann.

Die Ergebnisse des Projekts wurden so aufbereitet, dass sie den verantwortlichen Stellen in den Kommunen (Politik und Verwaltung) als praxisnahe Arbeitshilfe dienen können, die zur Erleichterung bei der Suche nach geeigneten Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien und bei der Entscheidungsfindung beitragen und mit anschaulichen Beispielen zu eigenem Handeln motivieren sollen. Die Veröffentlichung wird Ende Januar 2010 erscheinen.



Foto: Stadtwerke Neustrelitz GmbH

Das Kesselhaus des Biomasse-Heizkraftwerks der Stadtwerke Neustrelitz mit seiner 200 qm großen Fensterfront

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340 308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Dipl.-Ing. Vera Lorke
Telefon: 0221/340 308-14
E-Mail: lorke@difu.de

Bestellung:

Bezugsmöglichkeiten der zum Preis von 12,- Euro erhältlichen Sonderveröffentlichung sind in Kürze unter www.difu.de/publikationen/liste.phtml?kategorie=Sonderveroeffentlichungen zu finden.

Semitransparente Sonder-PV-Module der Photovoltaik-Anlage am Zentralen Omnibusbahnhof Hameln



Foto: Stadt Hameln

Man muss wissen, was man will

Erfahrungsaustausch zu kommunalen Gewerbeflächenkonzepten

Weitere Informationen:
Dipl.-Verwaltungswiss.
Daniel Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/39001-154
E-Mail: zwicker-schwarm
@difu.de

Sie liegen geografisch weit auseinander und sind sich doch sehr ähnlich in ihrer Wirtschaftsstruktur: In Bonn, Dresden, Freiburg, Halle, Leipzig, Potsdam, Wiesbaden und Würzburg spielen Dienstleistungen und Wissenschaft eine große Rolle. Damit stehen diese Städte vor sehr ähnlichen Herausforderungen bei der Gestaltung ihrer Gewerbeflächenpolitik, wie bei einem Erfahrungsaustausch von Praktikern aus Wirtschaftsförderung und Stadtplanung deutlich wurde. Dazu hatte das Difu in Kooperation mit der Stadt Potsdam Ende September ins Potsdamer Centrum für Technologie (pct) eingeladen. Die Veranstaltung, an der sich auch zahlreiche Vertreter aus Politik und Verwaltung des Gastgebers beteiligten, war Teil der Arbeit am Stadtentwicklungskonzept Gewerbe, das das Difu mit einem Berliner Planungsbüro bis Anfang nächsten Jahres für die brandenburgische Landeshauptstadt erarbeitet.

Die Unterstützung technologieorientierter Unternehmen durch eine aktive Standortentwicklung und deren enge Verknüpfung mit Aktivitäten zur Förderung ausgewählter Kompetenzfelder ist ein wichtiger Baustein in allen Städten, die sich am Erfahrungsaustausch beteiligten. Die Präsentation der jeweiligen Konzepte machte deutlich, dass die Entwicklung solcher Standorte für Wissenschaft und Technologie oftmals mit der Nachnutzung von Industrie- und Konversionsflächen verknüpft wird. Für Gründer sind subventionierte Flächenangebote in Technologie- und Gründerzentren weit verbreitet. Probleme kann es geben, wenn Hightech-Unternehmen diese Zentren nach

Ende der Förderdauer wieder verlassen müssen. Denn dann fehlen teilweise Investoren, die passende Spezialimmobilien entwickeln.

Auch wenn das verarbeitende Gewerbe in den beteiligten Städten hinsichtlich Unternehmens- und Beschäftigtenbesatz eine untergeordnete Rolle spielt, so wurde doch in den Beiträgen die Bedeutung einer aktiven Bestandssicherung hervorgehoben. Angesichts geographischer Begrenzungen und deutlichen Bodenpreisdifferenzen zu den Umlandgemeinden ist es vielen Kernstädten jedoch nicht möglich, allen Expansions- und Verlagerungsbedarfe örtlicher Unternehmen gerecht zu werden. Als entsprechend wichtig wurde – teils Wunsch, teils schon Wirklichkeit – von den vertretenen Praktikern daher die regionale Kooperation angesehen. So ist beispielsweise in der Region Freiburg die interkommunale Zusammenarbeit in Form eines gemeinsamen Gewerbeparks und einer regionalen Gesellschaft zur Entwicklung von Gewerbeimmobilien bereits weit gediehen.

Ein Sorgenkind ist oft das örtliche Handwerk, das bei der Standortsuche auf zentrennahe Immobilienangebote angewiesen ist. Insbesondere die ostdeutschen Städte wie Leipzig, Halle und Dresden konnten mit Fördergeldern ein nachgefragtes Angebot an Gewerbehöfen entwickeln.

Den praktischen Nutzen einer fundierten und von Politik und Verwaltung beschlossenen konzeptionellen Basis für die Gewerbeflächenpolitik machte der Beitrag aus Leipzig deutlich: Dort gibt es seit Ende der 1990er Jahre einen Stadtentwicklungsplan Gewerbe, der die gewerblichen Flächenpotenziale darstellt, bewertet und Entwicklungsschwerpunkte formuliert. Denn auch bei der Vielfalt der zur Verfügung stehenden Instrumente – so ein Fazit der Diskussion – gelte auch bei der Entwicklung von Gewerbeflächen: „Man muss wissen, was man will!“

Eine Difu-Veröffentlichung zum Projekt „Stadtentwicklungskonzept Gewerbe“ ist für das erste Halbjahr 2010 geplant.

Angeregte Pausengespräche beim Erfahrungsaustausch

Foto: Harald Horster



Die Optimierung von Stoffkreisläufen

Studie zur Optimierung des Rücklaufs von Stoffströmen am Beispiel von Gasentladungslampen

Hintergrund und Problemstellung

Mit dem im Elektro- und Elektronikgerätegesetz aufgeführten Prinzip der „geteilten Produktverantwortung“ wurde die Verantwortung für die Sammlung, Übergabe und Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten zwischen den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (örE) und den Herstellern aufgeteilt. Neben anderen Gerätegruppen müssen die Entsorgungsträger Gasentladungslampen (z.B. Energiesparlampen) einsammeln.

Es wurde festgestellt, dass die Rücklaufquote von Gasentladungslampen (GEL) in Deutschland im Durchschnitt weniger als 40 Prozent des Aufkommens beträgt, wobei der Rücklauf aus Haushalten als deutlich niedriger eingeschätzt wird. Durch das von der EU-Kommission eingeleitete „Glühlampenverbot“ ist aber von einem Anstieg des Aufkommens von GEL aus Haushalten auszugehen. GEL enthalten umwelt- und gesundheitsschädliches Quecksilber, weshalb ein besonderes öffentliches Interesse an der Steigerung der Rücklaufquote besteht. Vor diesem Hintergrund wurde das Difu beauftragt, vorhandene Sammelstrukturen zu analysieren und Optimierungsmöglichkeiten zu identifizieren.

Untersuchungsansatz

Der Verbleib von GEL, die kommunalen und gewerblichen Erfassungssysteme sowie die Informationsbereitstellung wurden im Rahmen einer Status-quo-Analyse untersucht. Ein Modell wurde entwickelt, mit dem eine GEL-spezifische Stoffstromanalyse durchgeführt werden kann. Verschiedene Maßnahmen zur Optimierung des Rücklaufs von GEL wurden in projektbeteiligten Kommunen umgesetzt und ihre Auswirkungen überprüft. Anhand der Fallbeispiele konnten Ansätze von „Good practice“ identifiziert und aufgezeigt werden.

Optionen zur Optimierung des Rücklaufs

Im Rahmen der Status-quo-Analyse wurde festgestellt, dass alle untersuchten Kommunen die gesetzlich vorgeschriebene Infrastruktur vorhielten und Informationen zur Rückgabe von Altgeräten bereitstellten. Die Anzahl der Rückgabemöglichkeiten variierte

vor allem in Abhängigkeit von der jeweiligen Bevölkerungsanzahl, während die Ausgestaltung der Informationsbereitstellung keine großen Unterschiede zeigte. Die Rücklaufquoten waren in den untersuchten Kommunen aufgrund der jeweiligen Ausgangssituation unterschiedlich ausgeprägt. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass Rücklaufmengen und ihr prozentualer Anteil am Gesamtaufkommen optimierbar sind.

Für die Optimierung des GEL-Rücklaufs wurden drei wesentlich Aktionsbereiche identifiziert: 1. Informationsbereitstellung, 2. Infrastruktur, 3. Anreizsysteme. Im Rahmen der Untersuchung wurden von Kommunen verschiedene Maßnahmen umgesetzt.

Die Palette der angewandten Aktionen im Bereich der Informationsbereitstellung war vielfältig, z.B.:

- Durchführung eigenständiger Pressekampagnen (Flyer, Zeitungen, Wochenzeitungen, Stadtzeitungen, Radio etc.)
- Kooperation von örE mit Lightcycle, wobei ein „tool-kit“ genutzt wurde (z.B. Flyer, Plakate, Aufkleber etc.)

Zur Optimierung der Infrastruktur wurden in den Untersuchungsgebieten Maßnahmen eingeleitet, so z.B.:

- Realisierung zusätzlicher Rücknahmestellen an zentral gelegenen öffentlichen Orten durch örE, beispielsweise an Bürgerberatungsstellen
- Einführung kleiner mobiler Sammelboxen für Energiesparlampen

Ergänzt wurden die Maßnahmen durch spezifische Anreizaktionen, wie z.B. der Tausch von Altlampen gegen Obstbirnen oder gegen neue Energiesparlampen.

Fazit

Eine Rücklaufsteigerung konnte durch die Implementierung von Maßnahmen bereits in einigen Untersuchungsgebieten erreicht werden. Um den Rücklauf von GEL zu steigern, stehen den örE somit verschiedene Instrumente zur Verfügung. Die Studie wird in der Publikationsreihe Difu-Impulse veröffentlicht.

Auftraggeber der Studie:

- Fa. Lightcycle,
- Stadtreinigung Hamburg,
- Abfallwirtschaftsbetrieb München,
- Abfallwirtschaft Stuttgart,
- Entsorgung Herne,
- Abfallwirtschafts-Gesellschaft Straubing

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
Telefon: 0221/340308-12
E-Mail: verbuecheln@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Kommunale Prämienaussschreibung

Auszeichnungen für vorbildliche Forschungsarbeiten rund um das Thema „Stadt“

Für acht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat sich ihre Forschungsarbeit im doppelten Sinne gelohnt: Sie werden von der „Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften“ mit einer Prämie dafür belohnt, dass ihre Arbeiten besonders wertvolle wissenschaftliche Erkenntnisse für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung vermitteln. Die in vier unterschiedlichen Themengruppen (Abteilungen) eingereichten Arbeiten wurden durch Expertinnen und Experten des Deutschen Instituts für Urbanistik begutachtet. Die Prämie wurde in Kooperation mit der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung vergeben.

Folgende Arbeiten werden prämiert:

Abteilung I: Kommunalpolitik und -verwaltung, Kommunalrecht (Carl-Goerdeler-Preis).

Eine Prämie in Höhe von 1.500,- Euro erhält:

- Dr. Petra Pfisterer aus Plochingen, „Kommunale Selbstverwaltung und Lokale Governance vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses“, Dissertation, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 2008.

Abteilung II: Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte.

Eine Prämie von je 750,- Euro erhalten:

- Dr. rer. pol. Maïke Dziomba aus Berlin, „Städtebauliche Großprojekte der urbanen Renaissance. Die Phase der Grundstücksverkäufe und ihr Einfluss auf den Projekterfolg“, Dissertation, Technische Universität Hamburg-Harburg, 2008.
- Dr.-Ing. Lisa Küchel aus Stuttgart, „Urbanes Wohnen in Frankreich – Entwicklung und Tendenzen des französischen Stadtwohnens im Eigentum am Beispiel von Paris, Nantes und Evry“, Dissertation, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart, 2008.

Abteilung III: Kommunalwirtschaft, Daseinsvorsorge, Kommunalfinanzen.

Ein Prämie von 1.000,- Euro erhält:

- Dr. rer. pol. Christoph Arnold aus Berlin, „Entwicklung eines strategischen Prognose-

semodells für Krankenhausunternehmen in Deutschland“, Dissertation, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität Dresden, 2008.

Eine Prämie in Höhe von 500,- Euro erhält:

- Dr. jur. Sabrina Desens aus Münster „Wasserpreisgestaltung nach Artikel 9 EG-Wasserrahmenrichtlinie. Vorgaben und Spielräume für die Umsetzung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen“, Dissertation, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, 2008.

Abteilung IV: Räumliche Planung, Stadtbauwesen, Bau- und Planungsrecht.

Eine Prämie von je 500,- Euro erhalten:

- Dr.-Ing. Frank Friesecke aus Stuttgart, „Stadtumbau im Konsens!? Zur Leistungsfähigkeit und Fortentwicklung des städtebaulichen Instrumentariums unter Schrumpfbedingungen“, Dissertation, Landwirtschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 2008.
- Kerstin Koch aus Hamburg, „Kasernen. Zwischen. Nutzungen – Zwischennutzungen als flexibles Element der Stadt(teil)entwicklung in Osnabrück“, Diplomarbeit, Department Stadtplanung, HafenCity Universität Hamburg, 2008.
- Dr. Anne Mayer-Dukart aus Stuttgart, „Handel und Urbanität. Städtebauliche Integration großflächiger Handelseinrichtungen in der Innenstadt“, Dissertation, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart, 2008.

Die Auszeichnungen werden den Preisträgern von den (Ober-)Bürgermeistern ihrer jeweiligen Wohnorte überreicht. Die Berliner Preisträger erhalten ihre Prämien vom Institutsdirektor des Deutschen Instituts für Urbanistik. Der Preisträger des Carl-Goerdeler-Preises wird gesondert im Rahmen der Carl-Goerdeler-Preisverleihung am 2. Februar 2010 in Leipzig geehrt.

Weitere Informationen:

Regina Haschke
Telefon: 030/39001-215
E-Mail: haschke@difu.de

Kommunaler Klimaschutz 2010

Neuer Wettbewerb startet im Januar /
Kommunen winken insgesamt 240 000 Euro Preisgeld

Nach der großen Resonanz auf den in diesem Jahr erstmals durchgeführten Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2009“ war den Initiatoren, dem Bundesumweltministerium und der beim Difu angesiedelten „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ schnell klar, dass Kommunen und Regionen auch 2010 wieder die Chance bekommen sollen, sich für ihre vorbildlichen Klimaschutzprojekte auszeichnen zu lassen. Zudem konnten einige tolle Vorhaben im letzten Wettbewerb nicht zum Zuge kommen, da sie sich noch in der „Vorbereitungsphase“ befanden. Und natürlich gab es viele Bewerbungen, die nur knapp an einer Prämierung vorbeigegangen sind.

Mit dem bundesweit durchgeführten Wettbewerb sollen Kommunen und Regionen die Möglichkeit erhalten, ihre erfolgreich realisierten Klimaschutzprojekte einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und anderen als gutes Beispiel zu dienen. Dazu erhalten die Preisträger durch die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit zu ihren ausgezeichneten Projekten. Unter anderem werden die prämierten Projekte als Filmbeitrag auf einer DVD sowie in einer aufwändig gedruckten Wettbewerbsdokumentation präsentiert. Beide Medien werden den Gewinnern zum individuellen Einsatz vor Ort zur Verfügung gestellt.

Wettbewerbsbeiträge aus drei verschiedenen Kategorien

Der Wettbewerb richtet sich an Kommunen und Regionen. Voraussetzung für eine Teilnahme sind erfolgreich realisierte Maßnahmen, Strategien oder Aktionen, die in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben. Um faire Vergleichsbedingungen zu schaffen, sind Bewerbungen in drei unterschiedlichen Kategorien möglich:

Kategorie 1

- Innovative technische und/oder bauliche Maßnahmen für den Klimaschutz in einem kommunalen Gebäude/einer kommunalen Einrichtung, die beispielsweise besonders effektiv Energieeffizienz mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbinden.

Kategorie 2

- Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes, durch die beispielsweise besonders tragfähige Modelle zur Kooperation mit anderen Kommunen (interkommunale Kooperationen, Regionen) oder mit der Privatwirtschaft, Handwerksbetrieben, Einzelhandel, Verbänden, Bürgerinitiativen etc. realisiert werden konnten.

Kategorie 3

- Erfolgreich umgesetzte, innovative Aktionen zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

Neun Preisträger gesucht

Die Maßnahmen, Strategien und Aktionen sollen Modell- und Vorbildfunktion besitzen und andere Kommunen zur Nachahmung anregen. In jeder Kategorie werden drei Preisträger ausgewählt, innerhalb dieser Kategorien findet kein Ranking statt. Die Gewinner der ersten Kategorie erhalten jeweils ein Preisgeld von 40 000 Euro, auf alle anderen Gewinner warten jeweils 20 000 Euro. Das Preisgeld muss wieder in Klimaschutzaktivitäten investiert werden. Damit können die prämierten Projekte weiter gefördert, aber auch gänzlich neue Aktivitäten angeschoben werden. Wie auch im ersten Durchgang setzt sich die Jury aus Vertretern des Bundesumweltministeriums, des Umweltbundesamtes, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zusammen. Die Betreuung des Wettbewerbs liegt in Händen der beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelten Servicestelle: kommunaler Klimaschutz. Die Übergabe der Preise erfolgt im Rahmen einer größeren Veranstaltung.

Alle Informationen auf der Homepage

Die Ausschreibung des Wettbewerbs erfolgt Mitte Januar 2010, alle wichtigen Informationen sowie die Bewerbungsunterlagen stehen ab diesem Zeitpunkt zum Download auf der Homepage der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ www.kommunaler-klimaschutz.de bereit. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2010.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



DIE BMU
KLIMASCHUTZ-
INITIATIVE

servicestelle:
kommunaler
klimaschutz

Kontakt:

Deutsches Institut für
Urbanistik
Servicestelle: Kommunaler
Klimaschutz
Telefon: 0221/340 308-0
E-Mail: kontakt@kommunaler-klimaschutz.de

Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340 308-15
E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de

www.kommunaler-klimaschutz.de

Die Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2009“ bei der Preisverleihung am 3. Juni 2009 in Berlin



Neue Difu-Projekte zu Klimaschutz und zur Kühlgerätesammlung

Weitere Informationen:
Projekt Klimaschutz-Leitfaden
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Weitere Informationen:
Projekt Sammlung von
Kühlgeräten
Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
Telefon: 0221/340308-12
E-Mail: verbuechel@difu.de

Der Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“, den das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Januar 1997 veröffentlichte, wird aufgrund der großen Nachfrage aus den Kommunen überarbeitet, aktualisiert und wegen vieler geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen um wichtige Kapitel ergänzt (z.B. zum Klimaschutz in der Bauleitplanung). Das Projekt hat eine Laufzeit bis Ende 2010 und wird in Kooperation mit dem Klimabündnis und ifeu durchgeführt. Gefördert wird das Vorhaben vom BMU über den Projektträger Jülich (PtJ).

Das Difu wurde vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Studie „Optimierung der Sammlung FCKW-haltiger Kühlgeräte“ beauftragt. Es wurde festgestellt, dass vor der Sammlung von Kühlgeräten durch den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (öRE) die Geräte häufig geraubt, beschädigt oder entwendet werden, wodurch ökologische und ökonomische Schäden verursacht werden. Ziel des Projekts ist es, effektive Maßnahmen zu identifizieren, die zu einer umfassenden Schließung des Stoffkreislaufs führen. Das Vorhaben soll Ende Februar 2010 abgeschlossen werden.

Projektstart: Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklung

Weitere Informationen:
Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Im Dezember 2009 startete das Projekt „Entwicklung konkreter integrierter Zukunftsbilder und Strategiepfade für die nachhaltige Gestaltung von Lebenswelten und Lebensräumen in urbanen industriellen Ökonomien“ im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA).

Ziel des Vorhabens ist es, als Bestandteil eines längerfristig angelegten Prozesses zur Entwicklung einer integrierten Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik des Bundes die Methoden-, Handlungs- und Kommunikationskompetenz des Bundesumweltministeriums (BMU) zu stärken. Der ergebnisorientierte Einsatz probater Szenario-Methodik soll dazu dienen, die bislang für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik teils zu wenig koordinierten einschlägigen Themenfelder und ihre Akteure innerhalb des BMU und darüber hinaus besser zu vernetzen, Synergiepotenziale zu erkennen und Zielkonflikte möglichst aufzulösen. Als inhaltlicher Fokus ist die Gestaltung nachhaltiger urbaner Lebenswelten gewählt worden, da sich in der lebensweltlichen Perspektive der Bürger, Konsumenten, Arbeitnehmer, Verkehrsteilnehmer usw. eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik konsistent abbilden muss.

Ein Konsortium, bestehend aus dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) als Konsortialführer, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und der Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) an der FU Berlin, wird das Projekt gemeinsam bearbeiten. In einer ersten Phase (neun Monate) wird im Wesentlichen eine umfangreiche Politik- und Akteursanalyse durchgeführt. Im Ergebnis wird eine Matrix mit relevanten Themen sowie den treibenden Faktoren und Trends erarbeitet. Dabei werden zentrale Zielkonflikte, aber auch Synergiepotenziale herausgestellt, die für die kommunale Ebene von Bedeutung sind. Für eine vertiefende Analyse werden daraus Themenfelder ausgewählt, die sich als besonders geeignet für eine Bearbeitung mittels normativer Zukunftsszenarios darstellen.

In der zweiten Phase (24 Monate) wird auf der Basis der Vorarbeiten ein systematischer, partizipativer Szenario-Prozess in zwei parallelen Themensträngen entfaltet, in dem mittels anschaulicher, integrierter Zukunftsbilder Handlungsoptionen, Strategieelemente und konkrete Vernetzungsansätze für nachhaltige urbane Lebenswelten entwickelt werden.

Neue Difu-Projekte zum Städtebaurecht

Die Bundesregierung beabsichtigt in der gerade beginnenden Legislaturperiode das Städtebaurecht weiterzuentwickeln. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP heißt es hierzu: „Es gilt, den Klimaschutz zu verankern, den Vorrang der Innenentwicklung zu stärken und die Genehmigungsverfahren zu entbürokratisieren. Dazu werden wir das Baugesetzbuch (BauGB) anpassen und weiterentwickeln. Ferner werden wir die Baunutzungsverordnung (BauNVO) umfassend prüfen. Wir werden mit den Ländern einen Dialog darüber führen, wie Genehmigungsfriktionen generell ausgeweitet werden können. Ziel ist auch, die Allgemeinverbindlichkeit von wesentlichen Punkten der Musterbauordnung zu erreichen.“

Die damit thematisch umrissene Novellierung des Städtebaurechts greift das Difu gleich in zwei neuen Projekten auf. Auf Anregung des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages (DST) führt das Difu gemeinsam mit dem DST eine bundesweite Umfrage zum Novellierungsbedarf der Baunutzungsverordnung (BauNVO) durch. Ausgangspunkt ist ein Diskussionspapier von Dr. Arno Bunzel (Difu) zum Novellierungsbedarf der BauNVO, das im Bau- und Verkehrsausschuss sowie in mehreren Fachkommissionen des DST diskutiert wurde und überwiegend Zustimmung fand. Mit Ergebnissen aus der Umfrage ist im Frühjahr 2010

zu rechnen, so dass diese rechtzeitig in die Debatte um die Novellierung der BauNVO eingebracht werden können.

Bei dem zweiten Projekt mit dem Kurztitel „Berliner Gespräche zum Städtebaurecht“ geht es um die Durchführung, inhaltliche Strukturierung und Ergebnisaufbereitung einer Gesprächsreihe zur Novellierung des BauGB. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bzw. das Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Wie bei früheren Gesetzgebungsvorhaben sollen frühzeitig die Erfahrungen ausgewiesener Experten aus Wissenschaft und Praxis genutzt werden, um Regelungserfordernisse zu erkennen und die Relevanz und Auswirkungen der in Betracht gezogenen Regelungen besser erfassen zu können. In der Vergangenheit wurden zu diesem Zweck häufig Expertenkommissionen eingesetzt, deren Ergebnisse dann eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der Gesetzentwürfe darstellten. Eine entsprechende Funktion soll auch die Veranstaltungsreihe haben, mit der verschiedene für die ins Auge gefasste Novelle relevante Rechtsfragen zur Diskussion gestellt und die sich hieraus ergebenden Empfehlungen und sonstigen Ergebnisse in einem Tagungsband dokumentiert werden sollen. Die Gesprächsreihe soll voraussichtlich im Herbst 2010 abgeschlossen werden.

Weitere Informationen:

Privatdozent Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Diskussionspapier zum Novellierungsbedarf der BauNVO:
www.difu.de/archiv/texte/diskussionspapier_baunvo.pdf

Difu aktiv

Univ.-Prof. Klaus J. Beckmann referierte am 11.11. im Rahmen einer Veranstaltung des Dresdner Planerforums beim IÖR zum Thema „Renaissance der Städte – Illusion, Realität oder Chancen?“ sowie am 30.11. auf einer Veranstaltung des DIHK zum Thema „Mobilität der Zukunft – verkehrs- und raumordnerischer Handlungsbedarf“.

Christa Böhme ist in den Beirat des Projekts „Engagement-Lotsen im Stadtteil“ berufen worden. Das Projekt wird von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt e.V. zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen der Bundesinitiative Nationale Stadtentwicklungspolitik gefördert. Am 8.10. wirkte

Christa Böhme an einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „Verbot oder Aufklärung, Verdrängung oder Prävention? Chancen und Herausforderungen der Suchtprävention in den Berliner Bezirken“ mit. Am 15.10. moderierte sie das Fachforum „Gesundheitsförderung – die neue Herausforderung der kommunalen Altenplanung“ im Rahmen der BZgA-Regionaltagung „Gesundheitsförderung für ältere Menschen“. Im Rahmen eines Workshops der BZgA „Intersektorale Zusammenarbeit zur Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit“ trug sie am 19.10. zur Zusammenarbeit von Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung vor. Der Workshop war Teil des EU-Projekts „DETERMINE – An EU

Difu-Fortbildungsprogramm 2010

Hinweis: Bei vier der für die zweite Jahreshälfte geplanten Veranstaltungen gab es terminliche Veränderungen. Dies betrifft die Veranstaltungen zu Gartenschauen, zum Förderschulsystem, zu Personalmanagement sowie Wirtschaftsförderung/Standortmanagement.

Die aktuellen Termine sind stets unter: www.difu.de/seminare/seminarliste/phtml zu finden.

Weitere Informationen:

Difu-Seminarteam

Telefon:

030/39001-258/-268/-148

E-Mail: fortbildung@difu.de

Consortium for Action on the Socio-Economic Determinants of Health – Working together for Health Equity“. Schließlich hat Christa Böhme am 23.10. beim 7. Netzwerktreffen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtteilentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V. in Stuttgart einen Vortrag zum Thema „Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt“ gehalten und an der abschließenden Podiumsdiskussion teilgenommen.

Stephanie Bock hat am 17.9. mit dem Vortrag „Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen, Projekte und erste Ergebnisse des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA“ den Altlastentag Hannover 2009 eröffnet, an dem über 200 Akteure aus Verwaltungen, Büros und Wissenschaft teilnahmen. Beim 2. Bayerischen Flächensparforum am 30.9. in Bad Kissingen hat sie über ausgewählte Ergebnisse aus dem REFINA-Verbundprojekt berichtet.

Franciska Frölich v. Bodelschwingh hat am 4. und 5.11. an einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zum Thema „Die neue Lust auf Stadt – Die Reurbanisierung und ihre Folgen“ teilgenommen und dort die Ergebnisse des Projekts „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“ vorgestellt.

Beim 9. bundesweiten eGovernment-Wettbewerb von Bearing Point und CISCO unter der Schirmherrschaft des Bundes errang die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport mit der **Difu-Studie „ServiceStadt Berlin 2016“** in der Kategorie „Zukunftsmodell Verwaltung 2030“ den zweiten Platz. In der Begründung der Jury hieß es, insbesondere die Verknüpfung sämtlicher Modernisierungsfelder sowie die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wissenschaft zeichne die Studie aus. Hervorzuheben sei außerdem die Umsetzungsstrategie, die eine sofortige Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse erlaubte.

Holger Floeting hat am 6.11. einen Vortrag zum Thema „Das Internet, die Stadt, das Örtliche und das Globale – Wie verändert sich kommunales Handeln?“ auf der Tagung „e-motion 2009. Stadtentwicklung und IuK-Technologien. E-Government/Governance/E-Partizipation“ gehalten. Die Tagung wurde im Rahmen des von der Deutschen Telekom geförderten Forschungsprojekts T-City von der Universität Bonn zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund bei der Deutschen Welle veranstaltet.

Dr. Gerd Kühn hielt am 4.9. den Vortrag „Einkaufszentrum in den Innenstädten – Chancen und Risiken, Auswirkungen und Handlungsempfehlungen“ beim 9. Bauforum Rheinland-Pfalz „Baustelle Innenstadt Strategien+Konzepte für die Zentren“ in Worms.

Auf einem von der IBA-Hamburg GmbH und dem Projekt networks in Hamburg organisierten IBA-Labor „Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz“ wurde über notwendige Steigerungen der Energieeffizienz in der Siedlungswasserwirtschaft und die stärkere Nutzung semi- und dezentraler Ver- und Entsorgungskonzepte diskutiert. Im IBA-Modellgebiet „Klimahäuser Haulander Weg“ in Hamburg Wilhelmsburg soll ein Konzept der dezentralen Brauch- und Regenwassernutzung umgesetzt werden. **Jens Libbe** wurde im Rahmen des städtebaulich-freiraumplanerischen Verfahrens „Klimahäuser Haulander Weg“ als Sachverständiger für die Begutachtung der sechs Wettbewerbsbeiträge eingeladen.

Bettina Reimann hat am 24.9. in Hamburg auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention und der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie zum Thema „Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Ausgangslage, Herausforderungen und Umsetzungserfolge“ vorgetragen. Am 9. und 10.11. hat Bettina Reimann an der 11. Österreichischen Präventionstagung in Wien mit dem Titel „Gesundheitsförderung im kommunalen Setting“ einen der Plenarvorträge zum Thema „Was macht Stadtteile zu Orten der Gesundheitsförderung? Ergebnisse gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklungsprozesse in deutschen Kommunen“ gehalten.

Antje Seidel-Schulze hat am 29.9. auf einem Workshop der AIS (Associazione Italiana di Sociologia) in Rom das Projekt „Urban Audit Analysis“ vorgestellt, an dem das Difu zusammen mit dem RWI u.a. arbeitet. Anwesend waren Vertreter der Soziologischen Gesellschaften Frankreichs und Portugals sowie von Eurostat.

Wolf-Christian Strauss hat am 17.9. auf der 46. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks in Duisburg einen Vortrag zum Thema „Ansatzpunkte und Probleme der Verstetigung integrierter Stadtentwicklung“ gehalten.

Angela Uttke hat am 25.9. einen Vortrag zum internationalen Symposium der baukulturellen Bildung in Köln gehalten zum Thema „Was bringt baukulturelle Bildung? – Erkenntnisse aus der Forschung“.

Suburbanisierung und Flächeninanspruchnahme

Herausforderung für die Planung in Polen und Deutschland: Bilateraler REFINA-Workshop in Gdansk

Am 6. und 7. November 2009 fand in Gdansk/Polen der deutsch-polnische Workshop „Research and Model Projects on Suburbanization and Land Consumption“, der statt. Er ist Teil der Aktivitäten der projektübergreifenden Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“. Vorgestellt und diskutiert wurden bei dem zweitägigen Workshop ausgewählte Ergebnisse aus dem BMBF-Förderschwerpunkt REFINA. Die Veranstaltung wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik mit Unterstützung des Büros für Kommunal- und Regionalplanung (BKR) Aachen, die gemeinsam Ende 2006 mit der projektübergreifenden Begleitung des Förderschwerpunkts REFINA beauftragt wurden, organisiert und durchgeführt. Kooperationspartner vor Ort waren die Technische Universität Gdansk und der polnische Planerverband (TUP). Neben den Referenten aus sechs REFINA-Projekten nahmen an dem Workshop über 40 Planungsexperten aus allen Teilen Polens teil, darunter Vertreter polnischer Städte, überwiegend Mitarbeiter der Planungsämter, aus wissenschaftlichen Einrichtungen und privaten Planungsbüros.

Zu Beginn des Workshops stellten polnische und deutsche Wissenschaftler die aktuelle Ausgangssituation der Flächeninanspruchnahme sowie die Planungsansätze des jeweiligen Landes vor. Einen unmittelbaren Einblick in die Situation in der durch Wachstum gekennzeichneten Agglomeration Gdansk – Gdynia – Sopot hatte zuvor eine Exkursion mit dem Bus vermittelt.

Im weiteren Verlauf des Workshops standen vier thematische Sessions im Mittelpunkt, in denen modellhafte Ansätze aus laufenden oder bereits abgeschlossenen REFINA-Forschungsvorhaben vorgestellt und von polnischen Experten kommentiert wurden:

- „Monitoring der Landnutzung“,
- „Kooperative Gewerbeflächenentwicklung“,
- „Kooperation in der Regional- und Stadtplanung“,
- „Modellhafte Vorgehensweisen der Innenentwicklung“.

In dem anschließenden Erfahrungsaustausch standen Ansätze eines planerischen Umgangs mit Suburbanisierungs- und Zersiedlungsprozessen und das in beiden Ländern feststellbare „Ausbluten“ der Kernstädte im Mittelpunkt. Vor dem Hintergrund – zeitlich verschobener – Suburbanisierungsprozesse wurden wesentliche Unterschiede zwischen Polen und Deutschland in den jeweiligen Verfahrensweisen zur Herstellung von Baurecht identifiziert. Zudem erfolgen Flächenentwicklungen in polnischen Gemeinden überwiegend auf Initiative privater Flächeneigentümer bzw. Bauherren. In beiden Ländern stellt die Optimierung kommunaler Steuereinnahmen einen starken Anreiz für Gemeinden dar, Bauland zum Teil weit über den tatsächlichen Bedarf hinaus auszuweisen. Der Standard der Erschließung sowie die Bereitstellung sozialer Infrastrukturen kann dabei in Polen jedoch häufig nicht mit der baulichen Entwicklung Schritt halten und führt zu Neubaugebieten ohne jede Infrastruktur.

Auf großes Interesse bei den polnischen Gesprächspartnern trafen Ansätze zur Revitalisierung von Innenstädten mit großen Altbaubeständen, die einen hohen Modernisierungs- und Investitionsbedarf aufweisen, Erfahrungen mit Modellen der interkommunalen Kooperation sowie Instrumente, Verfahren zur Verbesserung der Steuerungswirkung der Planung der öffentlichen Hand sowie Werkzeuge und Methoden zur Betrachtung mittel- und langfristiger Infrastrukturfolgekosten. Vereinbart wurde, die Diskussionen und den als fruchtbar erlebten Erfahrungsaustausch fortzusetzen.



Workshop in Gdansk

Weitere Informationen:
Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de
www.refina-info.de

Exkursion in Gdansk



Was ist ein sicherer Ort für ein sehr junges Kind?

– Ein Tagungsbericht –

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

„Schaut auf dieses Kind!“

Die Überschrift bezieht sich auf das Zitat „Schaut auf diese Stadt“ des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin Ernst Reuter. Er rief damit 1848 die „Völker der Welt“ zum Schutz Berlins auf. Bei der Fachtagung „Wenn Frühe Hilfen nicht greifen. Unterbringung von Klein(st)kindern“ am 12. und 13.11.2009, die im Ernst-Reuter-Haus stattfand, ging es im weitesten Sinne um Kinderschutz. 263 Fachkräfte der öffentlichen und freien Jugendhilfe aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen daran teil.

Unterbringung von Klein(st)kindern – Ist das Problem ein Problem?

Bruno Pfeifle, Leiter des Jugendamtes Stuttgart, sagte, dass die Fachkräfte sich die Entscheidung nicht leicht machen, ab wann ein Kind außerhalb der Familie untergebracht werden muss. In vielen Jugendämtern sei „gefühlte Realität“, dass immer mehr Kleinstkinder in Obhut genommen werden und die Fallzahlen gestiegen sind. Wichtige Gründe dafür seien die Einführung des § 8a und die Neufassung von § 42 SGB VIII im Jahr 2005 sowie die öffentliche Debatte über besseren Kinderschutz in den letzten Jahren. Er forderte zum Nachdenken darüber auf, ob diese Tatsache neben gestiegenen Belastungen in Familien und der medialen Berichterstattung über schlimme Einzelschicksale nicht auch mit einer veränderten fachlichen Wahrnehmung im Jugendamt zu tun habe und ganz unmittelbar mit der Angst der Fachkräfte, wenn nicht in Obhut genommen wird, könnte der „Worst case“ eintreffen?

Trauma oder neue Chance? Trennungen im Familienkonflikt

Dr. Jörg Maywald, Geschäftsführer, Deutsche Liga für das Kind, richtete seinen Blick in

seinem Vortrag auf die qualitative Dimension des Problems. Was sagt die Bindungsforschung, liegt in solchen Trennungen ein „lebensgeschichtlicher Sinn“, wie können zum Teil chronisch wiederkehrende Traumata verarbeitet werden, welche Konsequenzen sollte die Praxis aus den vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen ziehen? Nicht die am wenigsten schädliche Alternative, sondern die günstigste Alternative müsse gefunden werden, besonders beim Schutz von Klein(st)kindern gelte ein „Optimierungsgebot“.

„Wie wir wurden, was wir sind“ – Riskante Entwicklungswege von Klein(st)kindern

Dr. Mauri Fries, Dipl.-Psychologin, Martha-Muchow-Institut, Berlin, nahm die Teilnehmer bildlich und sprachlich mit auf die Reise in das Innenleben von drei Kleinkindern, die uns „erzählten“, warum sie welche „Überlebensstrategien“ entwickelt haben und wie für sie das Zusammenleben mit ihrer Mutter besser wäre. „Schaut auf die Kinder“, sagte sie mehrfach, „dann kann es Ihnen als Fachkräften gut gelingen, schwierige Bindungsmuster zwischen Mutter und Kind zu erkennen und in neue Bahnen zu lenken.“

Hilfen für Kleinstkinder in Krisen: Chancen und Risiken an einem neuen Lebensort auf Zeit

Prof. Dr. Klaus Wolf, Professor für Sozialpädagogik, Universität Siegen, stellte die Frage: Was ist ein sicherer Ort für ein sehr junges Kind? Er nannte insbesondere „Kontinuität“ als eine unverzichtbare Bedingung guter Entwicklung, deshalb müssten aus pädagogischer Sicht Ortswechsel und Beziehungsabbrüche legitimiert werden. Er ging in seinem Vortrag auf die drei Settings: Inobhutnahme durch eine stationäre Einrichtung; die Mutter-Kind-Einrichtung und die familiäre Bereitschaftsbetreuung ein.

Offen geblieben sind wichtige Forschungsfragen: Was passiert nach einer Rückkehr der Kinder? Wie viele Kinder müssen nach kurzer Zeit wieder in Obhut genommen werden, weil sich nichts geändert hat? Das wissen wir leider (noch?) nicht. Letztendlich ging es darum, was unter pädagogischen Gesichtspunkten verantwortbar ist. Und da gibt es noch vieles zu überdenken.

Blick ins Plenum



Das aktive Jugendamt im familiengerichtlichen Verfahren

– Ein Tagungsbericht –

Die Tagung zum neuen FamFG (Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) fand am 1. und 2. Oktober 2009 in Berlin in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF) mit rund 200 interessierten Vertretern aus Jugendhilfe und Justiz statt.

Anliegen war, „Philosophie“, Möglichkeiten und Grenzen des neuen Rechts, das einen Rahmen für Konfliktlösungsmöglichkeiten im familiengerichtlichen Verfahren schaffen soll, vorzustellen und Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe, die aktivere Rolle des Jugendamtes und die damit verbundenen Handlungsschritte der verschiedenen Akteure bei „Trennung und Scheidung“, „Kindeswohlgefährdung“ und „Häuslicher Gewalt“ zu diskutieren. Es fand auch ein Erfahrungsaustausch in drei Foren über das Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls (Kiwo-MaG) statt. Die Tagungsdokumentation erscheint zeitnah in den „Aktuellen Beiträgen zur Kinder- und Jugendhilfe“. Einige Schlaglichter daraus vorab:

Wenn es um das Kindeswohl geht ...

Mit den Worten „Jede Beratung bewegt sich im Spannungsfeld zwischen ‚Wollen + Sollen‘“, eröffnete der Wiener Psychoanalytiker und Erziehungsberater Dr. Helmuth Figdor seinen Beitrag. Er sprach darüber, was Familien in der Krise, insbesondere in Trennungs- und Scheidungssituationen, brauchen und wie er als Berater hilfreich sein kann, Lösungen zu finden, die gleichzeitig auch die Entwicklungsinteressen des Kindes sichern. Anschließend stellte Ministerialrat Dr. Christian Meyer-Seitz, Leiter des Referats Zivilprozess im Bundesministerium der Justiz (BMJ) die neuen Regelungen des familiengerichtlichen Verfahrens nach dem FamFG vor. Seinen Vortrag leitete er mit den Worten ein, dass wir uns eine aufwändige Tatsachenermittlung in jedem Zivilprozess leisten, in dem es um 600 Euro Streitwert geht, und wir uns nicht mit weniger zuverlässigen Mitteln zur Wahrheitsfindung begnügen sollten, wenn es um das Wohl eines Kindes geht. Es sei ein Paradoxon, dass ein Rechtsstreit um 1 000 Euro wichtiger sei und mehr kosten dürfe als ein Streit um das Kindeswohl. Daher stelle die Reform eine klare

Stärkung der Kinderrechte dar. Er verwies in seinem Vortrag u.a. darauf, dass bei der Gesetzesformulierung viele Anteile aus dem so genannten Cochemer Modell eingeflossen sind und erstmals das Aufgabenprofil des Verfahrensbeistands gesetzlich geklärt worden ist.

In verschiedenen Rollen gemeinsam zum Ziel

Über neue Anforderungen an die Kooperation von Familiengericht und Jugendhilfe: Aufgabenklärung und Rollenverständnis referierten Winfried Flemming, Referent in der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin und Gregor Profitlich, Richter am Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg in Berlin. Beide waren sich einig, dass das FamFG von den Familiengerichten eine grundsätzliche Umstellung auf eine prozesshafte Arbeitsweise verlange. Neu an den Verfahrensregeln sei eine frühe staatliche Intervention, die eine enge Kooperation von Jugendamt und Familiengericht erfordere, dies sei zunächst aber ein „Kulturschock für das Familiengericht“. Die Fachkräfte der Allgemeinen Sozialpädagogischen Dienste der Jugendämter seien nun im Familiengerichtsverfahren Verhandlungspartner auf Augenhöhe, dazu gehöre eine aktive Einmischung in Sach- und Verfahrensfragen für die Sache des Kindes und bedeute eine verstärkte Übernahme von Verantwortung.

Zusammen aktiv?

In der Abschlussdiskussion wurde darüber, „was sich in meinem Arbeitsbereich mit den neuen Verfahrensregeln ändern muss“, diskutiert. Stellvertretend für die Gesprächspartner beende ich diesen Bericht mit einem Zitat von Susanne Lehmann, Richterin am Amtsgericht Bückeburg:

„Man kann nur etwas ändern, wenn man wertschätzend miteinander umgeht. Das spricht auch die Kollegen an, die sich fragen, wie sie den scheinbar unwilligen Richter mit an den Tisch bekommen. Sagen Sie ihm einfach, dass Sie ihn brauchen! Manche kommen vielleicht trotzdem nicht, aber die Chance ist größer und es braucht nun einmal Zeit. Auch die Wiedervereinigung ist noch nicht in 20 Jahren abgeschlossen. Wir werden hoffentlich nicht so lange brauchen.“



Susanne Lehmann, Richterin am Amtsgericht Bückeburg



Ministerialrat Dr. Christian Meyer-Seitz, Leiter des Referates Zivilprozess im Bundesministerium der Justiz, Berlin



Gregor Profitlich, Richter am Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg, Berlin; Winfried Flemming, Referent, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin



Dr. Helmuth Figdor, Psychoanalytiker, Kinderpsychotherapeut und Erziehungsberater, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Psychoanalytische Pädagogik, Dozent am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de



Anna Hogrewe-Fuchs



Angelika Uricher

Difu-intern

Abschied und Neubeginn

Seit Januar 2009 unterstützt **Anna Hogrewe-Fuchs** als wissenschaftliche Mitarbeiterin den Arbeitsbereich Umwelt in Köln. Ihr Aufgabengebiet umfasst die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die im Arbeitsbereich angesiedelte „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“. Nach dem Studium der Germanistik und Romanistik arbeitete Anna Hogrewe-Fuchs einige Jahre als Texterin und Kundenberaterin in verschiedenen Werbeagenturen. Zuletzt betreute sie beim VKS im VKU den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Presse.

Ende Oktober 2009 ist **Angelika Uricher** aus dem Difu ausgeschieden. Sie war im Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur tätig. Ihre wesentlichen Aufgaben waren die wissenschaftliche Bearbeitung des Forschungsprojekts Parken Berlin und das Management

dieses Projekts. Das eng an der Praxis orientierte Verbundprojekt mit vier Partnern ist nun abgeschlossen. Dort hat sie unter anderem Erhebungen organisiert und ausgewertet sowie die Planspiele zur Parkraumbewirtschaftung durchgeführt und betreut. Zuletzt hatte sie ein Seminar „Verkehrsentwicklungsplanung: Wie geht's weiter? Rahmenbedingungen und Strategien für die Zukunft“ geleitet, das auf große Resonanz stieß. Beruflich wird sich Frau Uricher künftig im Themenfeld „Mobilitätserziehung von Kindern“ engagieren – wir wünschen ihr alles Gute und weiterhin viel Erfolg.

Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Seminarberichte, Vorträge, Online-Publikationen

Difu-Newsletter „Berichte“ 4/09

Gesamtes Heft als PDF: www.difu.de/archiv/Ber-09-4.pdf. HTML-Format: www.difu.de/publikationen/difu-berichte/4_09/

Veröffentlichung: Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=B6LF50V8>

Veröffentlichung: Ergebnisbericht zum Projekt „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VNOUJ2AE>

Vortrag: Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Ausgangslage, Herausforderungen und Umsetzungserfolge

www.difu.de/extranet/vortraege/09_reimann_2009_09_24.pdf

Vortrag: Anforderungen an die Verkehrsentwicklungsplanung im 21. Jahrhundert

www.difu.de/extranet/vortraege/09_beckmann_verkehrsentwicklungsplanung.pdf

Vortrag: Renaissance der Städte – Illusion, Realität oder Chance?

www.difu.de/extranet/vortraege/09_beckmann_renaissance.pdf

Vortrag: Prämissen und Ergebnisse der InnoZ-Studie „Verkehrsmarkt 2015/2030“ – Kommentar

www.difu.de/extranet/vortraege/09_beckmann_verkehrsmarkt.pdf

Seminar-doku: Energie- und ressourceneffiziente Siedlungsentwicklung

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_siedlungsentwicklung/

Seminardoku: Sozialplanung nach dem BauGB – zwischen Anspruch und Wirklichkeit

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_sozialplanung/

Seminardoku: Immobilienmanagement: Finanzierung und Verwertung kommunaler Liegenschaften

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_immobilienmanagement/

Seminardoku: Sicherung zentraler Versorgungsbereiche – Strategien und Instrumente der Kommunen

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09zentrale_versorgungsbereiche/

Seminardoku: Von der Konjunkturkrise in die Vertrauenskrise? Bewährungsprobe für die Korruptionsprävention in Bund, Ländern und Kommunen

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09korruptionsbekaempfung/

Workshop-Papiere, Vorträge und Präsentationen zum diesjährigen Difu-Ansprechpartnertreffen am 12. und 13. Oktober 2009 in Leipzig

- Einzelhandel und Stadtentwicklung
- Kommunale Infrastruktur
- ServiceStadt Berlin
- Urban-Audit – Ergebnisse und Entwicklungen
- Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung

Alle Vorträge, Workshop-Papiere und Präsentationen zur Veranstaltung sind im Extranet zu finden unter www.difu.de/extranet/vortraege/09_ansprechpartnertreffen/

Seminardoku: Verkehrsentwicklungsplanung: Wie geht's weiter? Rahmenbedingungen und Strategien für die Zukunft

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09Verkehrsentwicklungsplanung/

Seminardoku: Qualifizierte städtebauliche Dichten – Lernen aus neuen Stadtquartieren

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09staedtebauliche-dichte/

Seminardoku: Stadtbau – urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_stadtbau/

Tagungsdokumentation: Wissen und Kreativität – Schlagworte oder neue Ansätze für urbane Wachstumskonzepte?

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_wissenundkreativitaet/

Seminardoku: Integrierte Stadtentwicklung – eine Standortbestimmung

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_integrierte_stadtentwicklung/index.phtml

Seminardokumentation: Kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_kinder_jugendfreundliche_stadt/

Seminardokumentation: Bildung in der Stadt - Schule und Arbeitswelt

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09_bildung_in_der_stadt/

Weitere Informationen:
Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

www.difu.de/extranet/.
Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben.
Weitere Informationen zum Verfahren www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml

Links, die ins Extranet führen, sind ausschließlich für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwender frei zugänglich:
www.difu.de/zuwender/Welcome.shtml

Cartoon aus: Emmendinger Torheiten, von Verena und Klaus Nunn, 2004



Mediennachlese

[...] Cluster? Gewiss, ein neudeutsches Wort, weshalb Holger Floeting vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) auch gleich das Grimmsche Wörterbuch bemüht: Wenn „etwas dicht und dick zusammensitzt“, dann ist das ein Klumpen (altdeutsch) oder Cluster (neudeutsch). Und wenn Unternehmen einer Branche dick zusammensitzen und sich austauschen, dann bilden diese Unternehmen eben ein Cluster. [...] Dass die Landeswirtschaftsförderer (Hessen Agentur), aber auch viele kommunale Wirtschaftsförderer auf das Cluster-Thema reagieren, hat nach Einschätzung von Difu-Mann Floeting einen einfachen Grund: Die Cluster sollen weitere Unternehmen der jeweiligen Branchen an den Standort locken, die Arbeitsplätze sichern oder schaffen. Es geht darum, sagt Floeting, „den Standort wettbewerbsfähiger zu machen“, was deshalb auch schwieriger wird, weil inzwischen viele Städte und Regionen mit dem Micro-, Nano- und Kreativ-Cluster werben. Floeting rät deshalb, mutiger zu sein, wenn es darum geht, solche Cluster ausfindig zu machen, aufzubauen und sich zu spezialisieren. [...]

Frankfurter Rundschau, 25.11.09

[...] Den Studien des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zufolge gibt es einen Trend zurück zum „Innenstadtwohnen“. Sieht man sich in unseren Städten um, findet man bereits vereinzelt gute und interessante Beispiele dafür. Das individuelle Bauen in der Stadt und die Rückkehr in die Stadt haben eingesetzt, da viele Gründe, die den Wegzug förderten, wie preiswerte Grundstücke vor den Toren der Stadt, praktischen Vorzügen gewichen sind. [...]

Magdeburger Volksstimme, 21.11.09

[...] Insgesamt sehen Verkehrsexperten Potsdam beim Thema Fahrradfreundlichkeit auf einem guten Weg. So lobte etwa der Chef des Deutschen Instituts für Urbanistik, Klaus J. Beckmann, die Stadt für die Bestrebungen, das Amt eines Fahrradbeauftragten zu schaffen. „Es spielt eine große Rolle, jemanden zu haben, der am Ball bleibt“, sagte er. [...] Die zweitägige Fahrradkommunalkonferenz ist das bundesweite Forum für alle Fragen des Radverkehrs in Deutschland. Rund 200 Experten nahmen daran teil. Nach Göttingen und Frankfurt am Main war mit Potsdam erstmals eine ostdeutsche Stadt Gastgeber.

Potsdamer Neueste Nachrichten, 20.11.09

[...] Potsdam sei „auf einem sehr guten Weg, eine fahrradfreundliche Stadt zu werden“,

was aber nur gelinge, wenn kontinuierlich in die Radwege, deren Beschilderung und Instandhaltung investiert werde. Das sagte Professor Klaus J. Beckmann, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik und damit einer der Organisatoren der Fahrradkommunalkonferenz, [...]. Die dort versammelten Experten aus dem Bundesgebiet treffen sich seit 2007 jährlich, um die Belange des Radverkehrs in den Kommunen zu fördern. Beckmann freute sich auch über das hohe Teilnehmerinteresse, besonders aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Der Verwaltung schrieb er ins Stammbuch, dass renommierte „Fahrradstädte“ wie Münster nur deshalb so erfolgreich bei der Radverkehrsförderung seien, weil sie stets Rückenwind aus Politik und Verwaltung gehabt hätten. Ein Ball, den Potsdams Bau-beigeordneter Matthias Klipp dankbar aufnahm. [...] **Märkische Oder Zeitung, 20.11.09**

Viel Nachfrage bei modernen City-Wohnungen. Nur ein paar Schritte bis zum Supermarkt. Das Ärztehaus gleich um die Ecke, Boutiquen und Läden auch. Und abends? Da geht es ins Theater. Am Morgen ist es bis ins Büro auch nicht weit. Wenn doch: Bus und Bahn fahren nebenan ab. Ein solches Leben sehen viele Menschen als die Leichtigkeit des Seins schlechthin. Wohnen in der Stadt wird Trend, prophezeite eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Köln) schon vor vier Jahren. Diese Einschätzung bestätigt sich jetzt immer mehr – auch dank der Attraktivität und Nachfrage bei neuen Stadtwohnungen. [...] Zu den Menschen, die die Stadt wollen, gehören auch immer mehr Senioren. Acht Prozent der über 50-jährigen wollen in belebter Innenstadtlage in Großstädten leben, ergab eine Umfrage der Landesbausparkassen – oft sind das Menschen mit höheren Einkommen oder Vermögen. **Berliner Morgenpost, 14.11.09**

[...] Der Bedarf an kommunalen Investitionen in Deutschland ist hoch. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den kommunalen Investitionsbedarf in Deutschland bis 2020 auf 700 Mrd. Euro. Dahinter stehen vielschichtige Entwicklungen. So haben die Kommunen ihre Sachinvestitionen aufgrund von finanziellen Engpässen zwischen 1992 und 2005 stetig zurückgefahren und erst danach die Zurückhaltung etwas gelockert. Infolgedessen hat sich ein bedeutender Investitionsstau gebildet, [...]. **Börsen-Zeitung, 14.11.09**

[...] Cornelia Rösler vom Deutschen Institut für Urbanistik, Leiterin der Servicestelle Kommunaler Klimaschutz, plädierte für mehr Förderung dezentraler Lösungen auf kommunaler und lokaler Ebene. Zugleich verwies sie darauf, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die Erstellung von Klimaschutzkonzepten sowie die begleitende Beratung bei deren Umsetzung, die Anwendung klimaschützender Maßnahmen mit vergleichsweise geringer Wirtschaftlichkeitsschwelle sowie Modellprojekte zum Klimaschutz bezuschusst. In dem Topf, den noch die alte Regierung gefüllt hatte, befänden sich [...] 25 Millionen Euro. [...] Cornelia Rösler wünscht sich mehr Engagement von zentraler Seite, die es den Kommunen ermöglicht, in Sachen Energieeffizienz zu Vorreitern zu werden und beispielsweise auch eigene, auf die lokalen Besonderheiten zugeschnittene Förderprogramme aufzulegen. **www.demo-online.de, 10.11.09**

[...] Sturzregen, Überschwemmungen und dann wieder lange Trockenheit – der Klimawandel wird Wasserversorgung und Hochwasserschutz vor ganz neue Probleme stellen. Wie sie nachhaltig gelöst werden können, darüber haben in Hamburg Experten diskutiert – anhand eines Modellprojekts. [...] Einige Strategien wurden beim sogenannten IBA-Labor zur „Ressource Wasser“ besprochen. Experten aus der Wasserwirtschaft, Städteplaner und Architekten diskutierten, wie eine nachhaltige Wasserver- und Abwasserentsorgung funktionieren kann. [...] Das Schwierige sei nun, da sind sich die Experten einig, diese Ideen auch flächendeckend in die Praxis umzusetzen, damit ein entsprechender Effekt erreicht wird. Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik: „Hier braucht's Pioniere. Hier ist die Situation durchaus vergleichbar wie im Bereich der Energiewirtschaft. Wo es ja auch in den letzten 10, 20, 30 Jahren Pioniere gegeben hat, die die entsprechenden Siedlungen angegangen sind, oder die ihre Solardächer betrieben haben. Auch da gab's Pioniere. Und in einer ähnlichen Situation befinden wir uns heute bei der Siedlungswasserwirtschaft.“ [...] **Deutschlandradio, 9.11.09**

Difu zieht nach Mitte. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zieht zum Dezember dieses Jahres mit seinen etwa 100 Mitarbeitern in die Zimmerstraße 13-15 in Berlin-Mitte. Eigentümer des Objekts ist die Ideal Versicherung. In den vergangenen 36 Jahren hatte das 1973 gegründete Forschungsinstitut im Ernst-Reuter-Haus in Berlin-Charlottenburg seinen Sitz. [...] **IMMOBILIEN ZEITUNG, 5.11.09**

Fortbildung zu Themen rund um die Stadt. Das Difu hat sein neues Fortbildungsprogramm für 2010 herausgegeben: Von Abfallwirtschaft bis Zertifizierung von Stadtquartieren – Kommunen müssen auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren, die richtigen Entscheidungen treffen, effektiv handeln. Mit rund 40 praxis- und zukunftsorientierten Fortbildungen unterstützt das Difu die Kommunen 2010 bei ihrer Arbeit. Die Fortbildungen finden überwiegend in Berlin, aber auch an anderen Orten statt. Das Programm kann im Internet abgerufen werden unter www.difu.de/presse/091016.shtml oder auch als Printversion per Mail über fortbildung@difu.de bestellt werden. **DEMO-Newsletter, 11-09**

[...] Städte und Gemeinden müssen verstärkt auf den demografischen, technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel sowie auf die rasante teilweise dramatische Veränderung der finanziellen Rahmenbedingungen reagieren. Auch die für Bürger und Wirtschaft erbrachten Dienstleistungen müssen an künftige Anforderungen angepasst werden. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zeigt auf, wie Stadtverwaltungen angesichts dieser Veränderungen aufgestellt sein sollten und welche konkreten Schritte dazu bereits heute eingeleitet werden müssen. [...] Die Studie enthält eine Anleitung, wie sich die Schlussfolgerungen in konkretes Handeln in den Kommunen umwandeln lässt. Die Ergebnisse wurden in der Studie „Servicestadt Berlin 2016“ veröffentlicht und sind auch für andere Städte von Relevanz. [...] **KGSt-Journal 11/2009**

[...] Kommunale Bürgerbefragungen haben sich als wichtiges Mittel der Informationsbeschaffung für Stadtverwaltungen und Kommunalpolitik etabliert. Sie dienen der Erweiterung der Datengrundlagen für die planende Verwaltung, leisten Quasi-Marktforschung für das „Dienstleistungsunternehmen“ Stadt, unterstützen die kommunalpolitische Willensbildung durch die Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen der kommunalen Mandatsträger und sind ein wichtiger Baustein kommunaler Beteiligungspolitik. [...] Allerdings sind es bisher weit überwiegend Großstädte, die solche Bürgerbefragungen durchführen. Von 81 standardisierten Bürgerbefragungen von Kommunen, die in den letzten fünf Jahren durchgeführt wurden und in der Datenbank „komm.DE-MOS“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) verzeichnet sind, wurden lediglich zwölf von Mittelstädten gemeldet, jedoch 69 von Großstädten, also etwa 85 Prozent. [...] **Stadt und Gemeinde 10/2009**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) GmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin

Redaktion

Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichtevertreiber

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 35

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P & R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt**

Von Gregor Jekel, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Hasso Brühl und Claus-Peter Echter
2010. Bd. 8. 352 S., zahlr. Abb., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

__Expl. Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren

Von Rolf Junker, Gerd Kühn, Christina Nitz und Holger Pump-Uhlmann
2008. Bd. 7. 232 S., zahlreiche farbige Abb., Tab., Übers., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-461-8

Difu-Impulse**__Expl. Kooperationen im kommunalen Energiemanagement**

Dokumentation des 14. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten
Hrsg. Cornelia Rösler
Bd. 1/2010. 196 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-482-3

__Expl. Optimierung von Stoffströmen in Kommunen – am Beispiel von Gasentladungslampen

Von Maic Verbücheln
Bd. 6/2009. 60 S., inkl. Checklisten, Schutzgebühr 12,- Euro, ISBN 978-3-88118-479-3

__Expl. Planspiel Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München

Von Ludwig Korte und Michael Lehmbruck
Bd. 5/2009. 72 Seiten, Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-473-1

__Expl. Klimaschutz im Stadtverkehr: 40 Prozent weniger CO₂ – (k)ein Problem?

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr“ 20./21.11.2008 in Dessau
Hrsg. von Tilman Bracher
Bd. 4/2009. 144 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-470-0

__Expl. ServiceStadt Berlin 2016

Anforderungen an die künftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen
Von Busso Grabow, Rüdiger Knipp und Stefan Schneider
Bd. 3/2009. 212 S., zahlreiche, teils vierfarbige Abb., Schutzgebühr 23,- Euro, ISBN 978-3-88118-469-4

Difu-Arbeitshilfen**__Expl. Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil**

Von Gesine Bär, Christa Böhme und Bettina Reimann
2009. 232 Seiten, durchgängig vierfarbig, Schutzgebühr 33,- Euro, ISBN 978-3-88118-471-7

__Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

3., vollständig neu bearb. und erheblich erw. Auflage
Von Martin Zilkens
2009. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, Schutzgebühr 28,- Euro, ISBN 978-3-88118-468-7

__Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

Von A. Bunzel, H. Janning, S. Kruse und G. Kühn
2009. 260 S., teilw. farbig, Schutzgebühr 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-462-5

Sonderveröffentlichungen**__Expl. PPP-Projekte in Deutschland 2009**

Erfahrungen, Verbreitung, Perspektiven. Ergebnisbericht
Von Busso Grabow und Stefan Schneider
2009. 64 S., zahlreiche farbige Grafiken, Schutzgebühr 10,- Euro, ISBN 978-3-88118-478-6

__Expl. Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren

Ansätze u. Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA
Hrsg. von Stephanie Bock, Ajo Hinzen und Jens Libbe
2009. Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA, Band IV, 220 S., kostenlos, ISBN 978-3-88118-445-8

Zeitschriften**__Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2009: Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum
100 S., 20,- Euro, ISBN 978-3-88118-481-6

__Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften

Heft I/2009: Kommunale Bildungspolitik
106 S., 20,- Euro, ISBN 978-3-88118-476-2

__Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 2/2009: Tiere in der Stadt
Ca. 120 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo 16,- Euro

__Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 1/2009: Städte in Südeuropa,
120 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 16,- Euro